

23. IV. 1915

## Die Brotfrage in der Handelspolitischen Kommission.

Vorgestern fand in den Räumen der niederösterreichischen Handels- und Gewerbelammer eine Sitzung der Approvisionierungssektion der Handelspolitischen Kommission unter dem Vorsitz des Vizebürgermeisters Hof statt. Zuerst befaßte sich die Sektion mit der Frage der Brotversorgung. In dem Referat des Kammersekretärs Dr. Ziegler wurde darauf verwiesen, daß trotz der bestehenden Brotnapppheit eine Anzahl von Bäckern ihr Brot nicht verkaufen kann, während der Zulauf bei anderen Bäckereibetrieben so groß sei, daß er nicht bewältigt werden könne. Die Bevorzugung einzelner Bäckereibetriebe habe ihren Grund darin, daß diese ein Brot erzeugen, bei welchem das Verhältnis zwischen Edelmehl und Surrogatmehlen 1:1 ist, während sehr viele Bäcker, die sich Vorräte von Edelmehl nicht rechtzeitig beschafft haben, ein weniger schmackhaftes, aus einem Teil Edelmehl und aus drei Teilen Surrogatmehl bestehendes Brot erzeugen müssen, wie es ihnen von der Gemeinde zur Verfügung gestellt wird. Diesen Bäckern bleibe entweder das Brot oder das Maismehl, welches sich bekanntlich nicht hält, übrig. Da beide Eventualitäten zu einer Lebensmittelvergeudung führen, sei eine Aenderung der gegenwärtigen Mischungs-vorschriften, denen zufolge eine höchstens fünfzigprozentige Verwendung von Edelmehlen und eine wenigstens fünfzigprozentige Beimischung von Surrogatmehl vorgeschrieben ist, angeregt worden. Obligatorisch soll ein Mischungsverhältnis von 1:2 festgesetzt und auf diese Weise die Erzeugung eines Einheitsbrotes angeordnet werden.

Der Vorsteher der Bäckergenossenschaft Breunig bemerkt hiezu, daß Mischungs-vorschriften zur Voraussetzung haben, daß die zu mischenden Mehlgattungen auch wirklich zu beschaffen sind. Der bestehende Mangel an Edelmehlen und die beschränkte Mehlausgabe der Gemeinde — welche jetzt aufgehoben ist — habe die Bäcker gezwungen, das von Ungarn zur Verfügung gestellte „Uchter-Mehl“, ein Futtermehl, aus dem ein bekömmliches Brot nicht erzeugt werden kann, zu verwenden.

Herr Eidersch lenkt die Aufmerksamkeit darauf, daß einzelne Bäckereibetriebe aus dem ihnen von der Gemeinde zur Verfügung gestellten Mehl Konditoreiwaren in großem Umfange erzeugen, die bekanntlich außer der Kontrolle der Brotkarten stehen. Er erwähnt weiters, daß die gegenwärtige Brot-ration für Personen, welche manuelle Arbeiten verrichten, absolut unzureichend und daher eine Abhilfe dringend notwendig sei.

Kammerrat Menzl weist auf das Mißverhältnis zwischen den Preisen von Edelmehl, für welche Höchstpreise bestehen, und von Mais, für welchen der Marktpreis gilt, hin. Im Interesse der Versorgung der städtischen Bevölkerung mit einem bekömmlichen Brot sei es dringend notwendig, daß die Regierung den Grundbesitzern das überflüssige Edelgetreide entzieht, welche sich sodann mit dem Requisitionspreis Maismehl zu beschaffen hätten. Dieser notwendige Ausgleich zwischen städtischer und ländlicher Bevölkerung setze jedoch eine Beamtenorganisation voraus, die die Regierungsverordnungen strikte befolgt und sie nicht ignoriert.

Vizebürgermeister Hof resümiert die Ergebnisse der Beratung dahin, daß die Regierung ersucht werden solle, alles daran zu setzen, daß Edelmehle in größeren Mengen nach Wien geschafft werden, damit eine bessere Mischung des Edelmehles mit Surrogatmehlen ermöglicht werden könne und der Wiener Bevölkerung ein bekömmliches Brot zur Verfügung gestellt werden könne.

Hierauf wurde die Anregung angenommen, daß der Brotverkauf jener Bäckereibetriebe, welche ein beliebteres und gangbareres Brot erzeugen, mehr dezentralisiert werden soll, indem sie an zahlreichere Verschleißstellen Brot abgeben sollen.

Hierauf wird der Vorschlag angenommen, daß die ersparten Brotmarken und Brotkarten am Ende der Woche an die Brotkommissionen abgegeben werden sollen, damit sie von diesen in zweckmäßiger Weise verwendet werden können. Diese Brotkarten könnten dann jenen Familien, welche einen besonders großen Brotkonsum haben und mit ihren Brotkarten nicht ausreichen, zugewiesen werden.